

Einstimmiger Beschluss Nr. 63-2025 (21. Legislaturperiode) des Beirates Osterholz

Antrag der SPD und der Grünen für den Beirat Osterholz

Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat Osterholz fordert:

1. die Beibehaltung der Controlling Ausschüsse gemäß Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter (Stand 12.11.2024) über die Vergabe der Mittel zur offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in bisheriger Form.
2. Die Einbeziehung des Jugendbeirates Osterholz, bzw. eines Jugend-Gremiums in die Entscheidungsprozesse der Mittelvergabe.

Eine zentrale Aufgabe der Beiräte im Stadtteil besteht laut Ortsgesetz über die Beiräte und Ortsämter darin, an der Gestaltung und Kontrolle öffentlicher Angelegenheiten mitzuwirken. Dazu gehört auch die Begleitung von Maßnahmen, die das soziale und kulturelle Leben im Stadtteil betreffen – etwa die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Im Zuge der geplanten Änderung des Bedarfsermittlungsverfahrens OKJA gibt es Bestrebungen, die Controlling-Ausschüsse abzuschaffen. Für Osterholz spielt dieser Ausschuss jedoch eine zentrale Rolle: Er sorgt für Transparenz bei der Mittelvergabe und gewährleistet eine bedarfsgerechte Jugendhilfe im Stadtteil. Eine Abschaffung würde die Einflussmöglichkeiten des Beirats deutlich einschränken und damit die demokratische Mitbestimmung der Bürger:innen schwächen. Der Beirat Osterholz sieht darin einen Eingriff in die Selbstverwaltung auf Stadtteilebene und lehnt diese Entwicklung entschieden ab.

Wir fordern den Erhalt des Controlling-Ausschusses, um Transparenz, Bürger:innenbeteiligung und lokale Expertise auch künftig zu sichern. Der Ausschuss muss auch im neuen Bedarfsermittlungsverfahren einbezogen bleiben – im Sinne demokratischer Kontrolle, effizienter Verwaltungsaufsicht und einer stärkeren Beteiligung junger Menschen.

Bremen, 07.10.2025

gez. Kemp
(SPD Fraktion)

gez. Schäfer
(CDU-Fraktion)

gez. Schönfelder
(Grüne Fraktion)

gez. Last
(Linke-Fraktion)

gez. Wagner
(FDP)